Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 14.01.2005
Dezernat VI	Amt Amt 60	

INFORMATION

I0003/05

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	01.02.2005 17.02.2005	nicht öffentlich öffentlich

Thema: Information gem. § 1 Abs. 5 der Zweiten Straßenausbaubeitragsatzung

Jahresbericht 2004 über die durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltungen und Erklärungsabfragen gemäß § 1 Abs. 3 und 4 der Zweiten Straßenausbaubeitragsatzung

Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt die Entscheidung über eine beitragsauslösende Maßnahme bei grundhaften straßenbaulichen Maßnahmen in Anliegerstraßen unter den ausdrücklichen Vorbehalt, dass nicht eine Mehrheit der später Beitragspflichtigen widerspricht.

Den Grundstückseigentümern der an den Verkehrsanlagen anliegenden Grundstücke wurde ein Formblatt mit der Bitte zugesandt, sich zustimmend oder ablehnend zu den vorgesehenen baulichen Maßnahmen zu erklären. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine Nichterklärung/Enthaltung nicht als Widerspruch gewertet wird.

Verkehrsanlage (beitragsrechtlich)	Anzahl			Enthaltung
	Grund- stücke	Zustimmung	Ablehnung	
Merkurweg	15	2	4	9
Gübser Damm	43	22	17	4
Zeddenicker Weg	28	8	16	4
Dornburger Weg	61	20	5	34
Windrosen-Privatweg	39	21	2	16
Schulzentorstraße	8	4	1	3
Eichendorffstraße	23	8	2	13

1. Anliegerstraßen

Bezüglich der Durchführung der geplanten straßenbaulichen Maßnahmen „Mercurweg“, „Dornburger Weg“, „Windrosen-Privatweg“, „Schulzentorstraße“ und „Eichendorffstraße“ bestehen somit keine Bedenken, da den satzungsrechtlichen Vorschriften entsprochen wurde.

Zu den geplanten straßenbaulichen Maßnahmen „Gübser Damm“ und „Zeddenicker Weg“ wurden durch das Bauverwaltungsamt nochmals Bürgerinformationsveranstaltungen mit anschließender Erklärungsabfrage durchgeführt.

1.1 Gübser Damm

Am 26.11.2002 wurde über den geplanten Ausbau der Verkehrsanlage „Gübser Damm“ in einer Bürgerinformationsveranstaltung informiert. Die anschließende Erklärungsabfrage ergab eine mehrheitliche Ablehnung der geplanten straßenbaulichen Maßnahmen. Der StBV-Ausschuss hat darauf am 15.5.2003 das Vorliegen des überwiegend öffentlichen Interesses durch Beschluss festgestellt. Auf Grund der geänderten Planung zu den straßenbaulichen Maßnahmen wurde durch den StBV-Ausschuss der o. g. Beschluss aufgehoben und das Informationsverfahren gemäß Straßenausbaubeitragssatzung erneut in Gang gesetzt.

Die zweite Bürgerinformationsveranstaltung fand am 18.5.2004 statt und die Erklärungsabfrage ergab keine mehrheitliche Ablehnung. Insofern bestehen hinsichtlich der Durchführung der geplanten straßenbaulichen Maßnahmen keine Bedenken, da den satzungsrechtlichen Vorschriften entsprochen wurde.

1.2 Zeddenicker Weg

Zu den geplanten straßenbaulichen Maßnahmen „Zeddenicker Weg“ wurde am 20.5.2003 eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt. Die Erklärungsabfrage endete mit einer mehrheitlichen Ablehnung durchgeführt. Verwaltungsintern erfolgte daraufhin eine Prüfung der Hinweise und Begehren der Anlieger. In der zweiten Bürgerinformationsveranstaltung am 25.5.2004 wurde die überarbeitete Planung den Anliegern erneut vorgestellt. Die anschließende Erklärungsabfrage ergab abermals eine mehrheitliche Ablehnung.

Mit Beschluss vom 18.11.2004 stellte der StBV-Ausschuss das Vorliegen des überwiegend öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau des Zeddenicker Weges fest. Demnach bestehen hinsichtlich der Durchführung der geplanten straßenbaulichen Maßnahmen keine Bedenken, da den satzungsrechtlichen Vorschriften entsprochen wurde.

2. Straßen mit starkem innerörtlichen und Durchgangsverkehr

Bei straßenbaulichen Maßnahme in Verkehrsanlagen mit starkem innerörtlichen und Durchgangsverkehr erfolgt die Information weiterhin in Form von Pressemitteilungen bzw. persönlichen Anschreiben der später Beitragspflichtigen.

3. Informationspflicht

3.1 Grundhafter Ausbau

Mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes LSA (KAG) vom 15. August 2000 wurde die bereits bestehende Informationspflicht mit einer Sanktionsmöglichkeit versehen, wenn die Gemeinde ihrer Informationspflicht nicht nachkommt. Vor dieser Änderung handelte es sich bei einer Verletzung der Informationspflicht um eine sanktionslose Obliegenheitspflichtverletzung.

Für die Beitragspflichtigen besteht jetzt der Anspruch auf Nachholung der Information, sofern noch keine vertraglichen Bindungen zur Durchführung der Maßnahme bestehen. Ansonsten hätte er einen Anspruch auf Beitragsminderung, wenn die Kosten über dem Notwendigen entsprechend der anzuwendenden Richtlinien und anerkannten Regeln der Technik liegen. Die Prüfung erfolgt auf Antrag des Beitragspflichtigen durch die Kommunalaufsichtsbehörde. Die Kosten trägt die Gemeinde, die die Information unterlassen hat.

Die Landeshauptstadt Magdeburg ist bei allen grundhaften und die gesamte Verkehrsanlage umfassenden straßenbaulichen Maßnahmen ihrer Informationspflicht wie unter Ziff. 1 u. 2 aufgeführt nachgekommen.

3.2 Straßenbauliche Maßnahmen in Teileinrichtungen bzw. Teillängen von Verkehrsanlagen

Der Informationspflicht bei beitragsauslösenden straßenbaulichen Maßnahmen in Teileinrichtungen bzw. Teillängen von Verkehrsanlagen (z. B. Gehwege, Fahrbahn, Straßenbeleuchtung) wird in Form des „Maßnahmekataloges über beitragsauslösende straßenbauliche Maßnahmen in Teileinrichtungen bzw. Teillängen von Verkehrsanlagen“ nachgekommen. Seit dem Jahr 2000 wird der Maßnahmekatalog jährlich auf der Grundlage der Planungen des Tiefbauamtes, Abteilung Straßenbau, erstellt. Somit wurde im Haushaltsjahr 2001 der erste Maßnahmekatalog veröffentlicht. Er kann im Internet auf der Homepage der Landeshauptstadt Magdeburg (Seite des Bauverwaltungsamtes) und im Bauverwaltungsamt direkt eingesehen werden. Eine Druckversion ist aus dem Internet möglich oder durch Kauf von Kopien im Bauverwaltungsamt. Über den Maßnahmekatalog wird jeweils zum Anfang des Jahres in der Presse informiert. Der Maßnahmekatalog unterliegt im laufenden Jahr Änderungen, die in Abhängigkeit mit der geänderten Planung des Tiefbauamtes stehen. Gründe für eine Abweichung vom Plan können sein, z. B. unvorhergesehene witterungsbedingte Baumaßnahmen, havariebedingte Baumaßnahmen oder Kürzungen von Haushaltsmitteln. Somit steht der Maßnahmekatalog unter dem Vorbehalt von möglichen Änderungen.

4. Grundvoraussetzungen für die Beitragserhebung

Es besteht weiterer Handlungsbedarf bezüglich der beitragsauslösenden straßenbaulichen Maßnahmen in Teileinrichtungen bzw. Teillängen von Verkehrsanlagen, z. B. des Bautenstandes vor Ort, der Erfassung und Prüfung der Beitragsfähigkeit etc.

Seit dem Jahr 2003 erfolgt eine sukzessive Aufbereitung der durchgeführten beitragsauslösenden straßenbaulichen Maßnahmen in Teileinrichtungen bzw. Teillängen von Verkehrsanlagen für eine Beitragserhebung, die personal- und zeitaufwändig ist. Folgender Arbeitsstand ist zu verzeichnen: Die ersten Maßnahmen wurden in 2004 abgerechnet (Aßmannstraße und Schöninger Straße). Für 2005 sind die Wolfenbütteler Straße und der Karl-Liebknecht-Platz geplant. Aus der Aufbereitung werden sich noch weitere abrechenbare Maßnahmen für das zweite Halbjahr 2005 ergeben, eine konkrete Benennung ist aufgrund der notwendigen beitragsrechtlichen Vorbereitung nur sukzessive möglich.

Bei vielen Maßnahmen ist zu beachten, dass eine Abrechnung erst möglich ist, wenn ein Abschnittsbildungs- bzw. Kostenspaltungsbeschluss vom Stadtrat herbeigeführt wurde. Die Notwendigkeit liegt in der Tatsache begründet, dass nach dem KAG nur Verkehrsanlagen in ihrer Gesamtheit, alle Teileinrichtung betreffend und auf ihrer gesamten Länge, abgerechnet werden dürfen.

Die Ausnahme sind die o. genannten Beschlüsse, welche aber einen zusätzlichen Aufwand bedeuten. Vorrangig erfolgt somit die Abrechnung von komplett ausgebauten Verkehrsanlagen. Um diesen Zustand zu erreichen, ist bei der Realisierung straßenbaulicher Maßnahmen stärker darauf hinzuwirken, Verkehrsanlagen in ihrer Gesamtheit zu berücksichtigen.

Die Information wurde mit den Ämtern 66 und 68 abgestimmt.

Kaleschky
Beigeordneter für Stadtentwicklung,
Bau und Verkehr

Sachbearbeiter: Herr Hübner
Tel. 540 5212